

# Wohnungsnot in Berlin: "Wird jetzt alles geplant"

20. Oktober 2023, 16:44 Uhr

*Wohnungsnot in Berlin: Die Bürgerinitiative Grüner Kiez Pankow kämpft in Berlin auch gegen die Baumfällungen im Hinterhof einer Wohnanlage.*

Die Bewohner einer Anlage in Berlin-Pankow streiten seit Jahren dafür, dass ihr Hinterhof mit seinen alten Bäumen nicht bebaut wird. Dass dort Wohnungen für Flüchtlinge entstehen sollen, lädt den Konflikt zusätzlich auf.

Von Jan Heidtmann, Berlin

Was sich auf dem Hinterhof der Wohnanlage am Schlosspark Schönhausen im Berliner Bezirk Pankow abspielt, ist von aufdringlicher Symbolik: Dort, wo bis vor Kurzem Kinder Kastanien gesammelt haben, stehen nun zwei grellgrüne Dixieklos; dort, wo die Bewohner Gemüsebeete angepflanzt haben, prangt nun ein Schild mit der Aufschrift: "Betreten der Baustelle verboten". Unter den alten Bäumen der Hofanlage lungern Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma herum, starren gelangweilt auf ihre Mobiltelefone.

Vor zwei Wochen war ein Bautrupps angerückt, unterstützt von Objektschützern mit Hunden wurde die Grünanlage mit Metallzäunen abgesperrt; Polizeibeamte trugen protestierende Anwohner weg. "Flüchtlinge statt Bäume" lautet eine der sehr schlichten Formeln, auf die diese Auseinandersetzung gebracht wird.

Im Kern geht es in Pankow jedoch um einen Konflikt, der ganz Berlin betrifft. Wohnraum ist in der Stadt mehr als knapp, deshalb muss "nachverdichtet" werden, wie es euphemistisch heißt. Für angestammte Berliner, für Zuzügler und auch für Geflüchtete. In Berlin-Pankow wird nur lautstark ausgetragen, worüber auch in anderen Bezirken heftig gestritten wird. Viele der 170 Bäume auf dem Hof haben die Bewohner der Anlage gepflanzt

Julia Dimitroff, Geigenbauerin seit 40 Jahren, sitzt in der Küche ihrer kleinen Werkstatt ein paar Straßen weiter. Immer wieder beginnt sie aufs Neue, sich eine Zigarette zu drehen. Es sei alles so aufregend, sagt Dimitroff, in der vergangenen Nacht habe sie in ihrer Werkstatt geschlafen. Denn in der Wohnung, "da halte ich es gerade einfach nicht aus". Sie wohnt im Parterre, mit Blick auf den Bauzaun. Diese "Rund-um-die-Uhr-Bewachung", das könne sie nicht mitansehen. Dies soll das Ende ihres aufreibenden Kampfes sein?

Vor viereinhalb Jahren hat Julia Dimitroff gemeinsam mit anderen Mitbewohnern die Bürgerinitiative "Grüner Kiez Pankow" gegründet. Sie wollten verhindern, dass Bäume auf dem Hof gefällt und dort fast 100 neue Wohnungen gebaut werden. Der bestehende Bau ist eine stolze Wohnanlage aus DDR-Zeiten für rund 600 Menschen von 1957, Teil des Nationalen Aufbauwerks. Der Architekt Hermann Henselmann ist mit einer kleinen Statue auf dem Gelände verewigt. Viele der 170 Bäume in der Anlage haben die Bewohner selbst gepflanzt.

Der Bezirk engagiert sich für die Initiative, ebenso der Linken-Politiker Gregor Gysi und die Schauspielerin Jasmina Tabatabai. Die Auseinandersetzung mit den Eignern der Anlage, der städtischen Gesobau AG, wird mit Konzerten und runden Tischen, aber auch juristisch ausgetragen. Bis zum vergangenen Jahr durften Dimitroff und ihre Mitstreiter immerhin hoffen, dass sich weit weniger als geplant verändert. Der Bezirk hatte das Bauvorhaben gestoppt, es widerspreche dem ausgerufenen "Klimanotstand".

Asylbewerber leben in Sammelunterkünften, unter unwürdigen Bedingungen

Die Ruhe währte nur kurz, inzwischen hat der Berliner Senat das Projekt an sich gezogen. Über das sogenannte Sonderbaurecht sollen nun frei nach den alten Plänen 99 Wohnungen für 400 Geflüchtete im Hof errichtet werden. "Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen in Wohnungen untergebracht werden können und nicht in prekären Leichtbauhallen", begründete Berlins Bausenator Christian Gaebler (SPD) kürzlich das Bauvorhaben im Berliner Abgeordnetenhaus. Tatsächlich ist die Zahl der Asylbewerber in Berlin in den vergangenen Wochen derart angestiegen, dass die Menschen teils in Sammelunterkünften unter unwürdigen Bedingungen leben müssen.

Doch die Umwidmung des Bauvorhabens führte auch zu einer Umwidmung des Protests. Die Klimaschützer vom Grünen Kiez gelten nun als Gegner von Flüchtlingsunterkünften. "Für offene Grenzen und die Aufnahme von Geflüchteten auf die Straße zu gehen, und dann, wenn es einen selber betrifft, laut zu schreien und zu protestieren", das gehe nicht, schrieb Berlins Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) in einem Zeitungsbeitrag. Nimbys, "not in my backyard", nenne man diese Menschen.

Seitdem geht es ruppig zu in dem Konflikt. Die Bürgerinitiative dort müsse sich gerade einer "ganz üblen Diffamierungskampagne" erwehren, sagt Julia Dimitroff. Sie hat sich inzwischen eine Zigarette angesteckt und die Fotos mehrerer Briefe in ihrem Computer hervorgekramt. Sie sind an Vertreter der Linken im Bezirk gerichtet, die Autoren beleidigen darin Geflüchtete, die vermeintlichen Absender stammen aus der Wohnanlage. Doch keiner der Genannten habe diese Briefe verfasst, weiß Dimitroff. Einige hätten deshalb nun Anzeige gegen unbekannt erstattet. Der Konflikt ist kaum mehr gütlich zu lösen.

Zugleich musste sich die Initiative von Gewalttaten gegen die Gesobau distanzieren. Unbekannte hatten vor einer Woche die Scheiben von sechs Fahrzeugen auf dem Firmengelände eingeschlagen und Reifen zerstoßen. Bauträger und Bausenator wurden in einem Flugblatt bedroht.

Was als Vorortkabale begann, ist zu einem kaum mehr gütlich zu lösenden Konflikt geworden. Die geplante Baumaßnahme sei mit einem intensiven zweijährigen Partizipationsverfahren begleitet worden, schreibt die Gesobau. "Für die geplante bauliche Umsetzung liegt uns eine rechtsgültige Baugenehmigung vor, die wir umsetzen wollen." Im Moment schützt nur noch ein Eilantrag vor Gericht die Bäume vor der Fällung.

Ein älterer Herr in Sportkleidung stellt gerade sein Fahrrad vor einem der Hauseingänge ab. Er ist 83 Jahre alt, 35 Jahre lebe er hier in der Anlage, erzählt er und zeigt auf die Sträucher vor dem Haus. "Die habe ich gepflanzt." Von seinem Nachbarn stammten die dicken Birken am Rand des Gehwegs. "Wird jetzt alles geplant."

Das sei schon schlimm genug, sagt er. Aber wirklich übel sei, dass sie hier nun als Flüchtlingsfeinde gälten. Allein in seinem Haus wohnten eine Familie aus Persien und eine Argentinierin. "Natürlich muss man sich zuerst für die Flüchtlinge einsetzen", sagt er. Aber es gebe auch gute Gründe für die große Grünanlage im Hof. Der Architekt hatte sie als Ausgleich für die knapp geschnittenen Wohnungen konzipiert.